

Blutiger Ramadan oder die transnationale Dimension des Jihadismus

Prof. Dr. Susanne Schröter
Goethe-Universität, Frankfurt

Die beunruhigende Spaltung der Muslime in diejenigen, die den Islam als eine Religion des Friedens und der Barmherzigkeit und diejenigen, die ihn als Ideologie des Krieges verstanden wissen möchten, ist auch im Monat Ramadan augenfällig. Abu Mohammed al-Adnani, der Sprecher des Islamischen Staates, ließ zu Beginn des heiligen Monats über den IS-eigenen Radio-Sender Al-Bayan verlautbaren, die beste Tat, um Gott näher zu kommen, sei der Jihad und kündigte Anschläge auf „Kreuzritter, Schiiten und Apostaten“ an. Wenige Tage später wurden seine Worte von Jihadisten in mehreren Ländern in die Tat umgesetzt. Im tunesischen Urlaubsort Sousse erschoss der Student Seifeddine Rezgui 38 Menschen mit einem Sturmgewehr, und in Kuwait forderte ein Anschlag auf die schiitische Al-Imam al-Sadek-Moschee 26 Todesopfer. In Nord-Syrien unternahmen Truppen des IS Angriffe auf Kobane und andere kurdische Ortschaften und töteten viele Frauen und Kinder, und in Frankreich, in der Nähe von Lyon, enthauptete der 35-jährige polizeibekannt Salafist Yassin Salhi seinen Chef, scheiterte aber bei seinem Versuch, die Fabrik, in der er angestellt war, mit 43 Angestellten in die Luft zu sprengen. Vier militante Angriffe in vier Ländern, getragen von derselben Ideologie. Die Opfer waren in allen Fällen Personen, die als „Ungläubige“ denunziert und wortwörtlich zum Abschuss freigegeben wurden: Kurden, Schiiten und Angehörige westlicher Nationen.

Hierzulande wird die Radikalisierung junger Muslime gern als Folge von Diskriminierungserfahrungen, Islamophobie und sozio-ökonomischer Marginalisierung erklärt und die Schuldzuschreibung von den Tätern auf die Gesellschaft verlagert. Der blutige Freitag des Ramadans 2015 zeigt, dass solche Deutungsmuster an der Realität vorbeigehen, wenn man eine globale Perspektive einnimmt. Kuwait ist ein islamischer Staat und Sunniten stellen 65% der Bevölkerung. Von einer Marginalisierung kann keine Rede sein. Das Gleiche gilt für Tunesien. 99% der Bevölkerung sind sunnitische Araber oder Berber, und seit dem Sturz Ben Alis im Verlauf der „Arabellion“ konnte sich selbst der zuvor verfolgte politische Islamismus ungehindert organisieren (siehe Dossier Tunesien). In beiden Staaten existiert keine Diskriminierung von Muslimen. Syrien ist geteilt in die Regionen, die unter der autoritären Diktatur des

Assad-Regimes leiden und diejenigen, die durch den Islamischen Staat terrorisiert werden. Die Angriffe auf die kleinen Enklaven der Kurden sind Teil einer menschenverachtenden Expansion und ebenfalls nicht durch die schlichten Erklärungen deutscher Experten zu begründen. Blicke das französische Beispiel. Zweifelsohne sind den französischen Regierungen der Vergangenheit schwere Versäumnisse sowohl bei der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen während der Kolonialzeit als auch bei der Einwanderungs- und Integrationspolitik zur Last zu legen. Dennoch muss die Frage gestellt werden, ob Yassin S. aus Armut und Verzweiflung heraus gehandelt hat. Er war verheiratet, Vater von drei Kindern und hatte eine Anstellung in dem Unternehmen, das er zerstören wollte. Entwurzelung sieht anders aus. Offensichtlich ist allerdings, dass er vor einigen Jahren unter den Einfluss radikaler Prediger geriet und sich in einer islamistischen Szene beheimatete.

Ogleich die Hinwendung zu Salafismus und Jihadismus viele Ursachen haben kann, ist doch unbestreitbar, dass sie nicht ohne eine radikale Ideologie auskommt. Die Trennung der Welt in das „Haus des Krieges“ und das „Haus des Islam“, die Differenzierung in Gläubige und Ungläubige, die Vorstellung einer unhinterfragbaren göttlichen Ordnung, die es mit allen Mitteln durchzusetzen gilt und die Rechtfertigung selbst schlimmster Menschenrechtsverletzungen mit Verweisen auf Koran und Sunna ist allen Salafisten und Jihadisten gemeinsam.

Der radikale Islamismus ist eine Ideologie, die weltweit Verbreitung findet und Akteure zu einer neuen Ummah des religiösen Totalitarismus zusammenbindet. Ihre Anhänger sind in den muslimischen Kernländern ebenso aktiv wie in den Staaten, in denen Muslime eine kleine Minderheit bilden. So unterschiedlich die sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Kontexte auch sein mögen, die Ideologie jedoch verbindet sie alle: den tunesischen Studenten mit dem deutschen Kleinkriminellen und die malaysische Krankenschwester mit dem irakischen Klanchef. Es ist die faschistoide Ideologie einer Gruppe von Menschen, die glauben, im Namen ihres Gottes berufen zu sein, Terror und Tod über all diejenigen bringen zu dürfen, die nicht ihrer Ansicht sind, und die davon träumen ir-

gendwann die ganze Welt unter ihre Herrschaft zwingen zu können. Das Kalifat des Abu Bakr al-Baghdadi, so meinen sie, sei nur der Anfang einer Eroberungswelle, die nach dem Vorbild der Expansion des Frühislam überall dafür sorgen werde, „dass Gottes Wort das höchste“ sein wird. Mit dieser Floskel ist nichts anderes gemeint als ein Regime wie das des islamischen Staates, in dem die Gesetze einer vormodernen Scharia herrschen, minderjährige Mädchen verheiratet und Nichtmusliminnen als Slavinnen vergewaltigt und verkauft werden können, weil dies auch zu Zeiten Mohammeds üblich war. Ein striktes Normenkorsett unterteilt alle nur denkbaren Handlungen, vom Zähneputzen bis zur Beziehung zwischen den Geschlechtern, in die Kategorien des Erlaubten (*halal*) und Nicht-Erlaubten (*haram*). Wiederholt ist aus progressiven muslimischen Kreisen darauf hingewiesen worden, dass viele Ideen der salafistischen Eiferer bis in den muslimischen Mainstream hinein auf Akzeptanz stoßen und dass dringender Bedarf an kritischen Reflexionen besteht. Dies stößt auf den erbitterten Widerstand vieler, die glauben machen wollen, islamistischer Terrorismus habe nichts mit dem Islam zu tun. Diese Haltung arbeitet den Jihadisten in die Hände, ebenso wie die, die Muslime in Deutschland und weltweit als chancenlos und marginalisiert zeichnet und so die jihadistische Rechtfertigung des Terrors als Widerstand unterstützt.

Erstellt am 30. Juni 2015